

„Investoren konzentrieren sich auf die Großstädte“

Gutachten belegen negative Auswirkungen von MVZ – Handelsblatt greift Thema auf

Das Thema „investorengetragene Medizinische Versorgungszentren“ (iMVZ) beschäftigt weiterhin den Berufsstand. Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZVB) stellte im November zwei Studien vor, die die negativen Auswirkungen auf die zahnmedizinische Versorgung in Deutschland belegen. Die KZVB bezog kurz darauf im „Handelsblatt“ klar Stellung.



Christian Berger,
Vorsitzender des
Vorstands der
KZVB

Das versorgungspolitische Gutachten des IGES-Instituts sowie das Rechtsgutachten von Prof. Helge Sodan von der Freien Universität Berlin zeigen eine weiterhin dynamische Ausbreitung von iMVZ auf und kommen zu dem Schluss, dass politischer Handlungsbedarf besteht. Beauftragt wurden die Gutachten von der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung. Dr. Wolfgang Eßer, Vorsitzender des Vorstandes der KZVB: „Die Gutachten zeigen klar und nachvollziehbar, dass die von iMVZ ausgehenden Gefahren für die vertragszahnärztliche Versorgung trotz der Regelung im Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) fortbestehen. Der Anteil der iMVZ an der Versorgung beläuft sich inzwischen auf mehr als 20 Prozent an allen MVZ im zahnärztlichen Bereich. Dabei leisten iMVZ kaum einen Beitrag zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung und lassen sich gerade nicht in strukturschwachen und ländlichen Regionen nieder. Stattdessen belegen die Gutachten, dass iMVZ sich vornehmlich in Großstädten und Ballungsräumen ansiedeln, also an Orten mit einer überdurchschnittlich einkommensstarken, jüngeren Bevölkerungsstruktur. iMVZ beteiligen sich auch nicht nennenswert an der Versorgung vulnerabler Gruppen, insbesondere von pflegebedürftigen Menschen und Kindern. Die Gutachten

bestätigen darüber hinaus unsere Sorge, dass in iMVZ zahnmedizinische Entscheidungen von Kapitalinteressen überlagert werden.“ Eßer forderte, dass die mit dem TSVG eingeführte Regelung passgenau fortentwickelt werden muss. Konkret soll vor allem die Konzentration von iMVZ in urbanen, bereits gut bis überversorgten Regionen beschränkt werden. Zudem sei es zwingend notwendig, mehr Transparenz über die Eigentümer- und Beteiligungsstrukturen von iMVZ zu schaffen. „Dazu sollte ein verpflichtendes MVZ-Register geschaffen und in die Zulassungsverordnung für Vertragszahnärztinnen und Vertragszahnärzte spezifisch auf MVZ zugeschnittene Eignungskriterien aufgenommen werden. Angaben von gesellschaftsrechtlichen Eigentümerstrukturen auf Praxisschild und Website von MVZ müssen verpflichtend werden. Hierfür benötigen wir dringend entsprechende Rechtsgrundlagen. Ein ‚weiter so‘ auf dem Weg zu mehr Vergewerblichung und Industrialisierung darf es nicht geben.“

„Missbräuchlicher Kauf von Kliniken“

Christian Berger, Vorsitzender des Vorstandes der KZVB, konnte im „Handelsblatt“ klarmachen, dass sich iMVZ auch

in Bayern vor allem auf die städtischen Ballungsräume konzentrieren. Über 80 Prozent hätten ihren Sitz in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern. Sie leisteten also in der Zahnmedizin keinen Beitrag zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung. „Man missbraucht den Kauf einer unwirtschaftlichen Klinik auf dem Land, um Zahnarztpraxen in der Stadt betreiben zu können“, fasste Berger das Geschäftsmodell iMVZ zusammen. Auch aus Patientensicht sei der Konzentrationsprozess in der Zahnmedizin der falsche Weg. Die Patienten seien daran interessiert, immer vom selben Zahnarzt behandelt zu werden. „Da gibt es ein Vertrauensverhältnis.“ Der Zahnarzt, der seinen Patienten seit Jahren kenne, wisse am besten, wann bei diesem eine Behandlung notwendig sei.

Die Begrenzung der Marktanteile von iMVZ hält Berger zwar für richtig, aber nicht ausreichend. Dennoch drohten Deutschland keine Verhältnisse wie in anderen europäischen Ländern, wo einige wenige Zahnarztketten enorme Marktanteile haben: Das Investorenmodell werde eine Nische bleiben. „Das ist etwas anderes, als wenn ich im Internet ein Buch bestelle.“ Für junge Patienten in den Städten, die spontan an einem Zahnarzttermin in der Fußgängerzone interessiert seien, könnten die Ketten etwas sein, nicht aber für die breite Masse der Patienten. Mit Blick auf Spanien warnte der KZVB-Vorsitzende vor einer weiteren „Vergewerblichung der Zahnmedizin: „In Spanien gab es eine Kette, die das Gebiet von der Größe eines Bundeslands bediente. Wenn so eine Kette pleitegeht, sind die Patienten die Gelackmeierten. Diese Kette war zudem für einen Großteil der Patientenbeschwerden verantwortlich.“

Leo Hofmeier